MITTEILUNGEN

Humanistische Union

Nr. 103 (23. Jhrg.) Mai 1983 B 20885 F

Einberufung der Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union

Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz wird hiermit vom Vorstand zum 11. und 12. Juni 1983 nach Mainz einberufen; sie beginnt am Samstag, den 11. Juni 1983 im »Haus der Jugend«, Zeughausgasse/Ecke Mitternacht.

Beginn 10.30 Uhr mit der

Fritz-Bauer-Preis-Verleihung
an Prof. Dr. Erich Küchenhoff

Der Vorstand schlägt für die DK folgende Tagesordnung vor:

1. Wahl der Tagungsleitung
2. Wahl der Antragskommission
3. Verabschiedung der Geschäftsordnung
4. Mandatsprüfungsbericht
5. Ulrich Klug
   »Die große und kleine Freiheit in der Bundesrepublik«
6. Andreas von Schoeler
   »Freiheitsrechte nach der Wende«
7. Diskussion
8. Bericht der Geschäftsführerin } schriftlich vorgelegt
9. Bericht der Revisoren } schriftlich vorgelegt
10. Entlastung des Vorstandes
11. Bericht der Antragskommission
12. Behandlung von Anträgen (1. Teil)
13. Wahlen a) Vorsitzender
    b) Vorstand
    c) Schiedskommission
    d) Wahlkommission
    e) Revisoren
    f) Diskussionsredakteur
14. Behandlung von Anträgen (2. Teil)
15. Verschiedenes

Unsere Mitglieder sind herzlich eingeladen, als Gäste an der Delegiertenkonferenz teilzunehmen.
Auf Wunsch schicken wir Ihnen dann eine Hotelliste zu.

München, den 21. Mai 1983

Mit freundlichen Grüßen
Der Bundesvorstand der Humanistischen Union

»Saurer Regen auf die Freiheit«

Am Vorabend der Delegiertenkonferenz, am Freitag, 10. Juni 1983, 20 Uhr, spricht die Kultursenatorin von Hamburg

Helga Schuchardt

auf einer Veranstaltung der HU Mainz.

Es treten noch auf: **Lerryn & Bonkie, Die drei Tornados, Der Wahre Anton;** Moderation: **Henrich von Nussbaum.**

Elzer Hof, Mainz, Mittlere Bleiche
Eintrittskarten DM 8,— im Kartenhaus, Schillerstr. 11 oder an der Abendkasse.

Ergebnis der Wahlen zur Delegiertenkonferenz 1983 der HUMANISTISCHEN UNION

Wahlbeteiligung: 47,2%
Ungültige Stimmen 2,2%

Stimmbezirk Baden-Württemberg
Abgegebene Stimmen: 124
davon ungültig: 2
Wahlbeteiligung: 48,1%

Delegierte:	Stimmen:
Dr. Andreas Lahusen	77
Gertrud Ziehm	77
Waltraut Balbarischky	74
Christa Alger	68
Ersatzdelegierte:	
1. Edgar Baeger	62
2. Dr. Frieda Eckrich	50
3. Martel Rudolph	17

Stimmbezirk Bayern
Abgegebene Stimmen: 155
davon ungültig: 3
Wahlbeteiligung: 45,6%

Delegierte:	Stimmen:
Gerd Hirschauer	79
Johannes Glötzner	70
Bernhard Fricke	67
Sophie Rieger	66
Wolfgang Killinger	63
Ersatzdelegierte:	
1. U. Schmidbauer-Schleibner	50
2. Heide Hering	48
3. Mathilde Adler	45
4. Dr. Otto Bickel	41
5. Dr. Irmgard Wedemeyer	40

Stimmbezirk Berlin
Abgegebene Stimmen: 115
davon ungültig: 3
Wahlbeteiligung: 38,6%

Delegierte:	Stimmen:
Anna-Luise Elmiger	98
Clemens Rothkegel	74
Marlies Dürkop	70
Udo Kauss	70
Johannes Wendt	70
Ersatzdelegierte:	
1. Sibylle Rothkegel	61
2. Günther Keusch	60

Stimmbezirk Bremen
Abgegebene Stimmen: 35
davon ungültig: 2
Wahlbeteiligung: 49,3%

Delegierter:	Stimmen:
Dr. Ingo Müller	33

Kein Ersatzdelegierter

Stimmbezirk Hamburg
Abgegebene Stimmen: 75
davon ungültig: 2
Wahlbeteiligung: 43,4%

Delegierte:	Stimmen:
Dr. Hans-Peter Hermsen	67
Herbert E.A. Bangen	42
Hans-Jürgen Stange	37
Ersatzdelegierte:	
1. Manfred Kiekbusch	34
2. Roland Stammer	15

Stimmbezirk Hessen
Abgegebene Stimmen: 119
davon ungültig: 1
Wahlbeteiligung: 46%

Delegierte:	Stimmen:
Keyvan Dahesch	65
Bärbel Haller	59
Dr. Paul Lindemann	56
Annekatrein Mendel	55
Ersatzdelegierte:	
1. Johann Behrens	50
2. Karl-Heinz Wellmann	49
3. Friedrich Löper	38
4. Lothar Weber	37

Stimmbezirk Niedersachsen
Abgegebene Stimmen: 103
davon ungültig: 2
Wahlbeteiligung: 57,9%

Delegierte:	Stimmen:
Gerhard Saborowski	65
Hildegard Pfeil	61
Bodo Wiechmann	50
Ersatzdelegierte:	
1. Wolfgang Lumma	48
2. Klaus Rauschert	45
3. Herbert Greite	24

Stimmbezirk Nordrhein-Westfalen
Abgegebene Stimmen: 194
davon ungültig: 4
Wahlbeteiligung: 52,0%

Delegierte:	Stimmen:
Prof. Dr. Ulrich Klug	167
Dr. Till Müller-Heidelberg	127
Matthias Jungbluth	113
Ursula Tjaden	104
Heidi Behrens-Cobet	85
Norbert Reichling	82
Ersatzdelegierte:	
1. Barbara Hornung	72
2. Horst Lewandowsky	71
3. Ferdinand Tjaden	67
4. Karl-Erich Lotz	29
5. Norbert Struck	17

Stimmbezirk Rheinland-Pfalz
Abgegebene Stimmen: 26
davon ungültig: –
Wahlbeteiligung: 44,8%

Delegierte:	Stimmen:
Gisela Goymann	21
Ersatzdelegierter:	
Stefan Kahle	5

Stimmbezirk Saarland

Es wurden keine Kandidaten aufgestellt.

Stimmbezirk Schleswig-Holstein
Abgegebene Stimmen: 37
davon ungültig: 2
Wahlbeteiligung: 49,3%

Delegierte:	Stimmen:
Gunda Diercks	20
Ersatzdelegierte:	
Uschi Greiss	15

München, den 23. April 1983

Wahlleiterin: **Helga Killinger**
Wahlkommission: **Dr. Volker Baumgartner**
Agnes Grimm
Wolfgang Killinger

Anträge zur Delegiertenkonferenz

Antrag zur Satzungsänderung
Antrag des Bundesvorstandes

Änderung des § 23 der Satzung
Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz möge folgende Änderung des § 23 der Satzung beschließen:

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an amnesty international – Deutsche Sektion, mit der Auflage, es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Durch diese Satzungsänderung entfällt § 20 Nr. 5 ersatzlos.

Begründung:
Das Finanzamt für Körperschaften München hat im Rahmen einer Gemeinnützigkeitsprüfung festgestellt, daß die Satzung der Humanistischen Union nicht in allen Punkten der gültigen Mustersatzung für steuerbegünstigte Körperschaften entspricht. Nach der Abgabenordnung von 1977 sind Formulierungen vorgeschrieben, die in die HU-Satzung aufgenommen werden müssen, ansonsten sie nicht als ordnungsgemäß anerkannt wird. Im Interesse einer Aufrechthaltung der Steuerbegünstigung muß diese formelle Satzungsänderung von der DK 83 beschlossen und der Beschluß unverzüglich dem Finanzamt für Körperschaften mitgeteilt werden.

Andere Anträge
Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Einganges veröffentlicht

1. Antrag des OV Stuttgart

Ethikunterricht
Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Die Humanistische Union stellt sich hinter die Forderungen der »Arbeitsgemeinschaft für die Trennung von Staat und Kirche« (in der sie selbst mitarbeitet) nach einer Abschaffung des grundgesetzwidrigen und diffamierenden Ethikunterrichtes an staatlichen Schulen, eines Zwangsunterrichts für Schüler, die an dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen nicht teilnehmen.
2. Die Humanistische Union fordert betroffene Eltern auf, sich gegen den ihren Kindern zugedachten, zwangsweisen Ethikunterricht zu wehren. Sie wird diese Eltern, gemeinsam mit den übrigen Verbänden der »Arbeitsgemeinschaft für die Trennung von Staat und Kirche«, bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.
3. Die Humanistische Union hält folgende Artikel von Landesverfassungen für grundgesetzwidrig:
   – Bayerische Landesverfassung – Art. 137 (II), – Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz – Art. 35 (II), – Verfassung des Saarlandes – Art. 29 (II).
   Als gleichermaßen grundgesetzwidrig betrachtet sie die Paragraphen der Schulgesetze von Baden-Württemberg – § 100 (4), Hessen – § 4, Niedersachsen – § 104 (3), die einen Ersatzunterricht bei Nichtteilnahme am konfessionellen Religionsunterricht institutionalisieren.
   Sie ist bereit, eine Verfassungsklage betroffener Eltern aus diesen Bundesländern im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Begründung:

1. Verfassungswidrigkeit
Das Grundgesetz der BRD garantiert die Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Dieses Recht umfaßt auch das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Daher existiert keine Verpflichtung für konfessionslose oder nichtchristliche Schüler, den konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu besuchen. Da eine solche Verpflichtung nicht existiert und existieren darf, sind alle Versuche verfassungswidrig, die Schüler, welche am konfessionellen Religionsunterricht nicht teilnehmen, zur Teilnahme an einem **Ersatzunterricht** nötigen. Alle diesbezüglichen Bestimmungen von Landesverfassungen und Schulgesetzen verletzen Grundrechte nichtchristlicher Bürger. Diese, gleichgültig ob Schüler oder Erwachsene, haben für die Nichtteilnahme an konfessionellen Veranstaltungen grundsätzlich keinen Ersatz zu leisten. Es gibt keine Religionspflicht!

2. Diffamierung
Die Einrichtung eines zwangsweise zu besuchenden Sittenunterrichts (Ethik, Werte und Normen) für Schüler, die am konfessionellen Religionsunterricht nicht teilnehmen, ist eine Diffamierung dieses Personenkreises. Hiermit wird unterstellt, nur der Religionsunterricht der christlichen Großkirchen vermittle den teilnehmenden Schülern die Fähigkeit zu verantwortlichem sittlich-moralischen Verhalten, hingegen müßte der Staat Schüler, die diesen Religionsunterricht nicht besuchen, durch einen Zwangsunterricht zu sittlichem und moralischem Verhalten erziehen.

3. Zwangsmissionierung
Der in den einzelnen Bundesländern projektierte bzw. eingeführte Ethikunterricht bedeutet in Verbindung mit dem Zwang zur Teilnahme de facto eine Zwangsmissionierung. Dies ergibt sich zwingend daraus, daß dieser Unterricht, der von seiner Thematik her eindeutig weltanschaulichen Charakter hat, im Geist der jeweiligen Landesverfassungen zu erteilen ist, die z.B. eine Erziehung der Jugend »in Ehrfurcht vor Gott«, »im Geiste der christlichen Nächstenliebe« und zur »Gottesfurcht« zum Ziele haben. Konsequent wurden und werden Lehrpläne für diesen Unterricht von Christen ausgearbeitet, wobei dann dieser Unterricht teilweise auch von Religionslehrern und Laientheologen erteilt wird.

4. Eine Aufgabe für die HU
Die Humanistische Union trat seit ihrer Gründung für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein und hat sich zu einer bedeutenden Bürgerrechtsorganisation entwickelt. Sie ist daher von ihrer Zielsetzung und ihrem Selbstverständnis her eine der wenigen Organisationen, auf die sich konfessionslose Bürger bzw. Bürger nichtchristlichen Glaubens bei ihrem Widerstand gegen den Ethikunterricht stützen können. Aus diesem Grunde sollte die Humanistische Union mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für das Grundrecht auf Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit, das durch den diffamierenden Ethikunterricht verletzt wird, eintreten.

(Als Anlage liegt diesem Antrag bei die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für die Trennung von Staat und Kirche gegen den Ethikunterricht – s.h. »Ethikunterricht als Ersatz für Religionsunterricht?« in dieser Ausgabe der Mitteilungen).

2. Antrag der Wahlkommission und der Wahlleiterin

Änderung der §§ 8, 9 und 10 der Wahlordnung
Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz möge beschließen, die Wahlordnung der Humanistischen Union wie folgt zu ändern:

Wahlablauf
§ 8

1. Unveränderter Wortlaut
2. Die Stimmzettel müssen enthalten
   a) jeweils einen farbigen Original-Stempelabdruck mit der Adresse der Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union;
   b) unveränderter Wortlaut;
   c) unveränderter Wortlaut.

§ 9

1. Jedem Mitglied wird ein Stimmzettel des Stimmbezirkes, in dem es sein aktives Stimmrecht besitzt, zugesandt. Zusätzlich erhält es die Wahlliste des Stimmbezirkes und einen einheitlichen Abstimmungsumschlag. Dieser ist mit einem Kennzeichen für den Stimmbezirk versehen und an den Wahlleiter adressiert.
2. Die Versendung der Stimmzettel erfolgt unter Aufsicht der Wahlkommission. Die Versendung muß für jeden Stimmbezirk gesondert und auf einmal erfolgen. Die Zahl der übriggebliebenen Stimmzettel ist von Wahlkommission und Wahlleiter zu protokollieren. Diese Stimmzettel sind bis zum Abschluß der Wahl versiegelt aufzubewahren.
3. Unveränderter Wortlaut.

§ 10

1. Unveränderter Wortlaut.
2. In einem Abstimmungsumschlag darf nur ein Stimmzettel enthalten sein. Der Umschlag ist zu verschließen und an den Wahlleiter zu senden.
3. Unveränderter Wortlaut.

Begründung:
Viele Mitglieder bemängelten, daß eine anonyme Wahl mit dem zurückgeschickten Adressabschnitt nicht gewährleistet ist, weil damit kontrollierbar wird, wer an der Wahl teilgenommen hat und u.U., was der einzelne gewählt hat.
Zur Kontrolle der Wahlberechtigung genügt es, jeden einzelnen Stimmzettel mit einem farbigen Original-Stempelabdruck der Geschäftsstelle zu kennzeichnen und somit den Stimmzettel fälschungssicher zu machen.
Die Kennzeichnung der Abstimmungskuverts nach Wahlbezirken ist erforderlich, um die zurückgesandten Stimmzettel verschlossen nach Wahlbezirken vorsortieren zu können und den Arbeitsaufwand bei der Auszählung zu reduzieren.

3. Antrag des Bundesvorstandes

Totalverweigerer
Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Humanistische Union wendet sich mit Nachdruck gegen eine Mehrfachverurteilung der Totalverweigerer. Mit Recht wird eine solche Mehrfachverurteilung dieser Totalverweigerer bei den Angehörigen der Glaubensgemeinschaft »Zeugen Jehovas« abgelehnt. Sie verstößt auch bei den anderen Totalverweigerern gegen die Artikel 4 Abs. III und 103 Abs. III des Grundgesetzes.

Begründung:
Die Zahl der jungen Männer, die den Kriegsdienst und den Ersatzdienst gleichermaßen ablehnen, nimmt deutlich zu. Hierzu haben auch die offenkundigen schweren Mängel des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer beigetragen.
Trotzdem entspricht diese strafgerichtliche Verurteilung der Totalverweigerer dem Gesetz. Die Humanistische Union appelliert jedoch an die Strafrichter, bei der Verurteilung der Totalverweigerer nicht nur das staatliche Interesse an der Bereitschaft zum Kriegsdienst im Auge zu haben, sondern auch die idealistische Überzeugung der jungen Männer zu berücksichtigen, die für ihre Überzeugung eine Verurteilung in Kauf nehmen.

4. Antrag des Bundesvorstandes

Mahnruf an Strafrichter
Die 8. ordentliche Delegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Humanistische Union ruft die Strafrichter der Bundesrepublik Deutschland auf, ihre Haftpraxis zu überdenken.
Nirgendwo ist in den benachbarten Ländern, soweit Zahlen bekannt sind, die Zahl der Untersuchungsgefangenen – umgerechnet auf die Bevölkerungszahl – so hoch, wie in unserem Land. Unnötige Untersuchungshaft widerspricht der Unschuldsvermutung der Verfassung und der Menschenrechtskonventionen; sie gefährdet die Zwecke des Strafrechts.

Begründung:
Die Untersuchungshaft ist ein mindestens so schwerer Eingriff in das Leben des Bürgers wie das Strafurteil, weil es ihn plötzlich aus seinen sozialen Bindungen herausreißt, ohne daß er sich auf den Entzug der Freiheit hat vorbereiten können. Die Untersuchungshaft vermindert die Möglichkeit der Angeklagten, sich wirksam zu verteidigen.
Die große Mehrzahl der Haftbefehle wird auf Fluchtgefahr gestützt. Sie ist heute wegen der verbesserten Fahndungsmöglichkeit geringer als früher. Die Erfahrung lehrt, daß die meisten flüchtigen Straftäter innerhalb eines Jahres festgenommen werden können. Eine Flucht in das Ausland ist nur wenigen Straftätern, die über die notwendigen Geldmittel verfügen, mit dauerhaftem Erfolg möglich. Fluchtverdacht bei Straftätern ohne festen Wohnsitz kann vielfach durch eine anderweitige Unterbringung ausgeräumt werden.
Die Justizvollzugsanstalten sind überfüllt. Die Überfüllung belastet die Gefangenen und die Aufsichtsbeamten gleichermaßen. Sie macht in vielen Justizvollzugsanstalten eine Resozialisierung unmöglich. Sie belastet auch den Steuerzahler über Gebühr, wenn dem Justizvollzug kein angemessener Erfolg mehr zugerechnet werden kann.
Die Zeit der Untersuchungshaft mindert die Dauer der Straftat, auf die sie angerechnet wird und verschlechtert deshalb die Möglichkeit, die Zeit der Strafhaft für Resozialisierungsmöglichkeiten zu nutzen.
Die Strafrichter der Bundesrepublik Deutschland sollten sich vor dem Verdacht hüten, die Untersuchungshaft, entgegen dem Gesetz, als Möglichkeit der Repression zu nutzen.

Europäische Friedenskonferenz in Berlin

Vom 9.–14. Mai 1983 fand in Berlin die 2. Europäische Konferenz für atomare Abrüstung statt. Die europäische Friedenskonferenz ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung, die mit der Veröffentlichung des Russel-Friedens-Aufrufes für ein atom-waffenfreies Europa im April 1980 begann. Dieser Aufruf setzte sich dafür ein, daß keine neuen atomaren Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden stationiert werden. Er wurde von Menschen mit unterschiedlichen politischen Anschauungen aus ganz Europa unterzeichnet. Der Russell-Aufruf schlug vor, eine europäische Konferenz einzuberufen, um darüber zu beraten, wie das Ziel eines atomwaffenfreien Europas von Polen bis Portugal erreicht werden kann.

Die 1. Konferenz fand mit internationalen Teilnehmern im Juli 1982 in Brüssel statt; nach diesem Erfolg wurde beschlossen, eine weitere Konferenz im Mai 83, in Berlin zu organisieren. Zur Vorbereitung wurde ein Deutsches Sekretariat eingesetzt, in dem verschiedene Gruppen und Organisationen vertreten waren und mitgearbeitet haben, darunter auch die HU mit Anna Elmiger, Vorstandsmitglied. Außerdem wurde ein Deutscher Beirat, dem Ulrich Klug angehörte, gebildet; der Beirat warb mit Aufrufen und Pressekonferenzen für die Ziele der 2. Konferenz.
Die HU hat für die Konferenz die Arbeitsgruppe »Der Atomstaat und die Einschränkung der Bürgerrechte« vorbereitet, die von Ulrich Vultejus geleitet wurde.

26. 2. 83 Demo gegen den § 218

Gemeinsame Erklärung von HU und Pro Familia zur Demonstration in Karlsruhe.
Wir haben zur Teilnahme an dieser Demonstration mit aufgerufen, weil die Forderungen der Demonstranten von unseren Verbänden grundsätzlich geteilt werden. Im Vordergrund steht hierbei z.Zt. die Forderung, die volle Finanzierung des Schwangerschaftsabbruches durch die gesetzliche Krankenversicherung beizubehalten. Diese gesundheits- und sozialpolitisch sinnvolle Regelung ist nicht nur durch ein beim Bundesverfassungsgericht anhängiges Verfahren in Frage gestellt. Sie wird auch von konservativen Kräften heftig attackiert. Derartige Vorstöße zielen teils auf eine gesetzliche Neuordnung, teils aber auch darauf, die bestehende Regelung auf kaltem Verwaltungswege oder durch mannigfache Behinderung zu unterlaufen. Demgegenüber muß dieser soziale Fortschritt verteidigt werden.

Die in der jetzigen Fassung des § 218 StGB festgeschriebene Indikationslösung, die in jedem Einzelfall zusätzlich eine Zwangsberatung voraussetzt, wurde der Problematik des Schwangerschaftsabbruchs unserer Auffassung nach nicht gerecht. Bei der Diskussion um die konkrete Ausgestaltung einer entsprechenden Strafrechtsänderung sollte die Perspektive einer ersatzlosen Streichung des § 218 StBG, also einer Lösung des Problems mit anderen als strafrechtlichen Mitteln, nicht ausgeschlossen werden.
Durch die Forderung nach kostenlosen und unschädlichen Verhütungsmitteln für alle wird betont, daß bessere Prävention, darunter auch ein verbessertes Beratungssystem nötig ist, um die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu verringern.

In einer Grußadresse der HU an die Teilnehmerinnen der Demonstration heißt es:
Wir sehen die mittelalterliche Gewissensprüfung, die in der Bundesrepublik in drei gesellschaftlichen Bereichen praktiziert wird, als öffentlichen Skandal an, nämlich
- bei der Kriegsdienstverweigerung
- bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst
- bei der Schwangerschaftskonflikt-Beratung nach § 218

In diesen Bereichen sollen dritte Personen erkennen und anerkennen, ob Bürgerinnen und Bürger berechtigt sind, so zu leben wie es ihre Überzeugung ist.

Fritz-Bauer-Preis 1983

Prof. Dr. Erich Küchenhoff, Professor für öffentliches Recht an der Universität Münster, wird in diesem Jahr mit dem Fritz-Bauer-Preis ausgezeichnet. Aufgestört von der Diskrepanz zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit, hat sich Erich Küchenhoff immer wieder mit juristischer Argumentation und politischer Aktion dem Mißbrauch und der Aushöhlung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Demonstrationsfreiheit entgegengestellt.

Der Preis wird Erich Küchenhoff anläßlich der Delegiertenkonferenz am 11. Juni 1983 in Mainz verliehen. Die Laudatio hält der Verfassungsrichter a.D. Martin Hirsch.

Offener Brief zur Volkszählung

**An den Bundesminister des Innern,
an die Innenminister und
-senatoren der Länder**

Sehr geehrte Herren,

die Fragebogen zur Volkszählung widersprechen verfassungsrechtlichen Grundsätzen. Fragen, deren Antworten für die Statistik notwendig sind, werden mit Fragen nach den Personalien der Bürger und Bürgerinnen verbunden. Es ist unnötig und sogar gefährlich, beides miteinander zu verknüpfen.
Der Staat darf nach dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit vom Bürger nichts verlangen, was zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben entbehrlich ist. Es bringt dem Staat für die Volkszählung keinen Vorteil, beide Fragengruppen zu verbinden. Für den Bürger aber ist das gefährlich. Denn die Daten könnten zu Zwecken mißbraucht werden, die außerhalb des Volkszählungsgesetzes liegen.

Die Humanistische Union kennt Beispiele, in denen das Statistische Bundesamt Ämtern für Verfassungsschutz Daten über die Funktion einzelner Bürger in politischen Parteien gegeben hat, die gegen sie verwendet worden sind. Das Gesetz gestattet es und jenes Verfassungsprinzip gebietet es, die Auskünfte zur Person und die zur Statistik vom Bürger getrennt anzufordern und zwar so, daß sie auch nachträglich nicht miteinander verbunden werden können. Deshalb sind die vorgesehenen Fragebogen einzustampfen. Überdies fehlt es dem Bundesgesetzgeber an der Zuständigkeit, Angaben zur Person zum Zwecke des Vergleichs mit dem Melderegister zu verlangen.
Kein Bürger dürfte verpflichtet sein, die Fragebogen in der vorgesehenen Form auszufüllen. Wir wundern uns daher nicht über Initiativen, die dazu aufrufen, sich an der Volkszählung nicht zu beteiligen. Konflikte mit solchen grundrechtsbewußten Bürgerinnen und Bürgern sollten dadurch vermieden werden, daß die Verwaltung verfassungsgemäße Fragebogen ausgibt.

Mit freundlichen Grüßen

HUMANISTISCHE UNION

Charlotte Maack zum 70. Geburtstag

Am 24. April hat Frau Dr. Charlotte Maack, Ehrenvorsitzende der HU, in Stuttgart ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Charlotte Maack ist für uns Vorbild einer politisch mündigen, engagierten, selbstlosen Bürgerin. Sie hat früh erkannt und für sich verwirklicht, daß Demokratie nicht durch bloße Teilnahme als Wahlbürger, sondern nur durch aktives Mitwirken an der Willensbildung des Volkes bestehen kann. Früh ist sie couragiert gegen die damalige Mehrheitsmeinung für Entspannung zwischen den Machtblöcken durch vertragliche Anerkennung der Realitäten der Oder-Neiße-Grenze eingetreten. Sie wurde deswegen damals als Staatsfeind diffamiert. Aber persönliche Nachteile hat sie nie gescheut, sondern stets getan, was sie für die Gemeinschaft als richtig erkannte. In gleicher Weise kämpfte sie gegen Notstandsgesetze, den aufkommenden Neonazismus, gegen »Lauschangriffe«, gegen die Einschränkung der Schutzrechte verdächtiger, aber unter Unschuldsvermutung stehender Bürger im Strafprozeß, gegen die Einführung polizeilicher Todesschüsse als staatlichen Hoheitsakt – um nur einiges zu nennen. Heute gilt ihr Einsatz vor allem dem Frieden und der Abrüstung.

Seit 22 Jahren Mitglied der Humanistischen Union, wurde sie 1971 in deren Bundesvorstand, 1975 zur Bundesvorsitzenden, 1979 zur Ehrenvorsitzenden der HU gewählt.
Sie ist Pionier für die Gleichstellung der Frau in der politischen Arbeit. Für mehr Menschlichkeit, Freiheit, individuelle und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft hat Charlotte Maack nicht nur einen großen Teil ihres Einkommens und ihrer Gesundheit, sondern auch berufliche Chancen eingesetzt. Zur Zeit arbeitet sie an einem umfangreichen und gewichtigen Werk »Über die Beziehung zwischen den Geschlechtern in den letzten 300 Jahren«, und zwar unbeirrt, trotz schwerer und schmerzhafter Krankheit. Im Vordergrund dieses Buches steht nicht die Emanzipation der Frau, sondern die des Menschen!

In seiner Geburtstagsrede in Stuttgart sagte der Vorsitzende der HU, Ulrich Klug:

Liebe Frau Dr.Maack,

einen wichtigen Geburtstag feiern wir hier, und ganz besonders feiert ihn die HU, für die ich jetzt zu sprechen habe.
Sie haben die HU durch Ihr jahrelanges Wirken als Bundesvorsitzende und dann als unsere Ehrenvorsitzende geprägt und profiliert. Sie sind Politikerin, – dies zuerst und im umfassenden Sinne. Wir alle, die wir hier versammelt sind, können uns ganz gewiß darauf einigen, daß es besser um das politische Klima in der Bundesrepublik bestellt wäre, wenn es in der Politik mehr Frauen wie Sie gäbe. Sicherlich hätten Sie schon vor Jahren eine vorzügliche Ministerin – oder gar Senatorin (!) – werden können, wenn sich seinerzeit das Parallelogramm der politischen Kräfte entsprechend entwickelt hätte.
Und zweitens sind Sie eine humane Intellektuelle. Damit spreche ich eine Persönlichkeitsstruktur an, die in dieser Kombination und auf diesem Niveau gleichfalls nicht häufig anzutreffen ist.
Das Fazit: Für die Steuerung einer Bürgerrechtsorganisation von der Art der HU waren Sie unter beiden Aspekten hervorragend prädestiniert.

Und weil das so ist, sind wir froh und dankbar, daß es Sie gibt. Als Symbol unserer Gedanken und Gefühle schenkt Ihnen hier der Bundesvorstand der HU – dabei vorsätzlich anspielend auf Ihren uns stets in Furcht und Spannung haltenden kritisch-ironischen Geist – einen Neudruck der Gesamtausgabe der Zeitschrift »Die Fackel« von Karl Kraus.

Es war ein schönes Fest, das Freunde von der HU und Freunde vom Stuttgarter Staatsschauspiel für Charlotte Maack arrangiert hatten und zu dem noch viele, viele kamen, um ihr zu gratulieren. Die kleine Feier wurde zu einem Freundschaftsbeweis aller derjenigen, die CM lieben. Inmitten einem Meer von Blumen lauschte sie den heiteren und ernsteren Reden, der Lesung von Karl Kraus-Texten und dem Song »Lied für die Maack«, gesprochen und getönt von ihren Freunden Peter Grohmann und Ulrich Cassel. Darin heißt es – treffender kann man es kaum sagen –:

In Stuttgart soll ne Demo sein
die Maack zieht an der Leine
mal sind es ein paar tausend Mann
mal steht sie fast alleine

Die Maack treibt manchen Schabernack
das läßt sich nicht bestreiten
So schmiß sie oft ihr Moped an
Ihr Papagei tat piepen
die Nase vorn, den Kopf im Wind
und hinter sich die Nieten

Sie sähte gern, jahraus, jahrein
den Zweifel in die Herzen
Ja, solche Frauen lieben wir
wir sagen's einmal barsch
Mit solchen Frauen triebeh wir's
die machen Feuer unterm Arsch

Die rufen an, wenn's mal wo brennt
die fragen, ob Mann denn noch pennt
Die reden nicht vom Klassenkampf
Die machen immer wieder Dampf
Ja, solche Frauen lieben wir
Mit solchen Frauen trieben wir's
Da muß sich niemand groß genieren
Sie halfen uns: emanzipieren

Haben wir uns schon an die ständig steigenden Arbeitslosenzahlen gewöhnt?

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich – so erweckt es zumindest gegenwärtig den Anschein – an ständig wachsende Arbeitslosenzahlen als einer natürlichen Entwicklung gewöhnt. Dabei wird jedoch häufig übersehen, daß die Massenarbeitslosigkeit für betroffene Einzelne, Familien, Gemeinden und die Gesamtgesellschaft schwerwiegende psychosoziale Langzeitwirkungen hat, die bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ernsthafter berücksichtigt werden müssen.
Arbeitslosigkeit wird weitgehend übereinstimmend als wichtigstes ökonomisches und gesellschaftspolitisches Problem der Gegenwart in den westlichen Ländern angesehen. Der gesundheitspolitische Aspekt von Arbeitslosigkeit wird hingegen bislang kaum zur Kenntnis genommen. Gesundheitspolitik, die nicht länger nur vorrangig ineffektive und teure »Krankheitspolitik« sein will, hat die Aufgabe, sich stärker mit jenen gesellschaftlichen Bedingungen zu beschäftigen, die gesundheitliche und psychische Schäden in der Bevölkerung verursachen. Dazu gehört unseres Erachtens in zentraler Weise eine Beachtung der Schäden, die durch Arbeitslosigkeit verursacht oder verstärkt werden.
Bereits vor fünf Jahren haben mehrere psychotherapeutische Fachverbände auf die Zunahme psychosozialer Belastungen und Schäden hingewiesen, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland begleiten. Damals wies die offizielle Statistik ungefähr 1 Million Arbeitslose aus.
Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit alarmierender angestiegen, die 2-Millionen-Grenze wurde bereits im Januar 1982, die 2,5-Millionen-Grenze wurde im März 1983 erstmalig überschritten (dazu kommen 1,2 Millionen Kurzarbeiter), für Ende 1983 wird schon mit bis zu 3 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Wirtschaftswissenschaftler sagen für Mitte der 80er Jahre ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 4 Millionen voraus.
Auch ein leichter, saisonalbedingter Rückgang der Zahlen, wie er jetzt aus den neuen Daten der Bundesanstalt für Arbeit zu erkennen ist, ändert an dieser grundsätzlichen Tendenz nichts.
Aus diesem Grund hat die Humanistische Union zusammen mit zahlreichen Fachverbänden des psychosozialen Bereichs der Öffentlichkeit ein Memorandum vorgelegt, das eindringlich auf die sich weiter verschärfenden psychosozialen Folgeschäden von Massenarbeitslosigkeit hinweist.

Das Memorandum können Sie gegen Einsendung von DM 1,— in Briefmarken von der Geschäftsstelle beziehen.

Presse-Spiegel über Neue Medien/ Informationstechnologien

Mit diesem Presse-Spiegel will die HU einen Überblick über das Ausmaß der Einführung, der Anwendung und der Folgen der Neuen Medien/Informationstechnologien vermitteln; berichtet wird aus allen Teilen der Bundesrepublik.
Es gibt bereits 7 Ausgaben des Pressespiegels; 1 Ausgabe kostet DM 3,—, ein Vierteljahresabonnement (ca. 5 Ausgaben) DM 10,—.
Wenn Sie diesen Pressespiegel abonnieren wollen, melden Sie sich dazu in der Geschäftsstelle. Sie können auch gleich DM 10,— mit dem Vermerk »Presse-Spiegel« für das nächste Vierteljahr überweisen (beginnt ab 1. 6. 83).

Verehrte Abonnenten der »vorgänge«,

Sie haben – wie wir, die Redakteure, auch – eine lange Durststrecke hinter sich (sofern Sie, so hoffen wir, Durst nach den »vorgängen« hatten). Wir haben monatelang Phantomhefte gemacht, Sie haben keine »vorgänge« gekriegt, – weil nämlich seitens des bisherigen Verlags, der so überaus verdienstvollen Europäischen Verlagsanstalt, nichts mehr rechtzeitig zu bezahlen war. Bereits zwischen dem Heft 57 und dem Heft 58 entstand ein Abgrund von 4 Monaten – das Heft war im Juni 82 fertig, wurde aber erst im November ausgeliefert. Für das dann – aus verständlichen Gründen – zusammengenommene Schlußheft 1982, Nr. 59/60, fällig im Dezember 1982, wurde die Verzögerung noch größer. Auch dieses Doppelheft hinkt dem Redaktionsschluß um 5 bis 6 Monate hinterher. Heft 59/60 wird das letzte Heft sein, das von der E.V.A. betreut wird. Der Herausgeber »Vorgänge e.V.« ist aus dem Verlagsvertrag ausgeschieden. Ab Heft 61 (1/1983), »Ethik und Atomwaffen«, das wiederum zwangsläufig um Monate verspätet erscheint, werden wir die »vorgänge« im Selbstverlag des Vorgänge e.V. (8000 München 2, Bräuhausstraße 2) herausgeben.

Das wäre keine zukunftsträchtige Nachricht, erklärte nur die schlimme Verzögerung. Wichtig und verheißungsvoll aber erscheint uns, daß sich 1983 die drei großen Bürgerrechtsorganisationen in der BRD: die **Gustav-Heinemann-Initiative**, die **Humanistische Union** (die bisher schon Träger war) und das **Komitee für Grundrechte und Demokratie** zu einer Herausgeber-Gemeinschaft der »vorgänge« zusammengetan haben. Ab Heft 62/63 (unter dem Titel »Bürgerrechte in der Bundesrepublik«) werden sie verantwortlich zeichnen. Sie haben jedoch nicht nur Absichtserklärungen abgegeben, sondern – neben der Redaktion – einen aktiv tätigen **Redaktionsbeirat** gegründet, der in Zukunft die Planung der Themen und Aktualitäten der »vorgänge« mit vorbereiten und entwerfen hilft. Das wird, glauben wir, ein effektiver neuer Anfang sein, der sich – wenn auch nach Anlaufschwierigkeiten – auch bei Ihnen, den Lesern, auswirken wird. Wir hoffen auf Ihre »Treue«, wenn Ihnen wie uns die Zeitschrift als wichtig erscheint. Die Redakteure verzichten monatelang auf ihre Bezüge, die Autoren vorerst auf Honorare. So hoffen wir, über die Runden zu kommen, die Zeitschrift zu erhalten, wozu Sie uns, wir bitten darum hoffenlich nicht ohne Grund, helfen mögen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Hirschauer
Anton-Andreas Guha
Sieghart Ott (für den Herausgeber)

Ulrich Vultejus

Volkszählung nach dem Stop

Die Volkszählung ist tot – oder nur scheintot? Ich weiß es nicht – zu sehr hat das Bundesverfassungsgericht durch den Stop der Volkszählung mein Weltbild in Schieflage gebracht. Mühsam habe ich mir die Worte unseres Bundesinnenministers Zimmermann eingeprägt, daß die Gegner der Volkszählung in Wahrheit Gegner der Verfassung seien und nun dies! Ich begann zu rechnen: Marsch durch die Institutionen bis zum Bundesverfassungsgericht: 1968 bis 1978 = 10 Jahre + 1978 bis 1983 = 5 Jahre = 15 Jahre. Nein, dies Erklärungsmuster ist bei dem Lebensalter der Bundesverfassungsrichter eindeutig falsch. Also habe ich die Denkrichtung umgedreht: Soll die Volkszählung gerettet werden und kein Flop werden, muß sie aufgeschoben und das Gesetz nachgebessert werden.

Letztlich ist es gleichgültig, ob die Volkszählung draußen auf dem Feld der Ehre – wie Konservative dies wohl nennen – oder drinnen im Gerichtssaal verschieden ist: **Diese** Volkszählung ist mausetot und nichts wird mehr sein wie vorher!

Zwei Dinge haben sich im Vorfeld der Volkszählung im Bewußtsein der Menschen geändert:

Die Bürger haben gelernt, daß sie »denen da oben« nicht chancenlos ausgeliefert sind, daß sie ihr Heil nicht in den Institutionen und den hergebrachten Parteien suchen müssen, sondern daß der Widerstand der Initiativen die Wende gebracht hat. Hieran werden sie sich zu erinnern wissen, etwa wenn die weitere Aufrüstung uns alle im Herbst in Lebensgefahr bringt. Diese Erfahrung wird auch für die Abgeordneten, die das Volkszählungsgesetz so unrühmlich beschlossen haben, spiegelbildlich eine Lehre sein.

Zum anderen ist das Bewußtsein von der Bedeutung des Datenschutzes jetzt in allen Köpfen fest verankert. Es kann nur förderlich sein, daß der Bürger den Aufgabenbereich des Datenschutzes nicht so eng sieht wie das Bundesdatenschutzgesetz. Der Bürger wird diesem Begriff auch den maschinenlesbaren Ausweis, den Bildschirmtext, die Verkabelungsprojekte, die Personalinformationssysteme zugesellen. Die Politiker sollten gewarnt sein.

Niemand kann zuverlässig die weitere Entwicklung abschätzen.

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht sich darauf beschränkt hat zu entscheiden, ob es sinnvoll ist, die Volkszählung auch dann durchzuführen, wenn noch keine Entscheidung in der Sache selbst möglich ist, ist sicher, daß es am Volkszählungsgesetz Korrekturen verlangen wird, die der Bundestag nacharbeiten wird. So erfreulich dies im Augenblick sein mag, so bedeutet es langfristig eine in einer Demokratie unerwünschte Machtverlagerung von den gewählten Abgeordneten auf die Justiz.

Die herkömmlichen politischen Parteien haben erkennbar an Bedeutung verloren. Sie standen in dieser Stunde nicht auf der Seite des Bürgers, sondern haben sich als Verwalter staatlicher bürokratischer Macht dargestellt. Die Bürger konnten sich nur in den Initiativen, den neuen sozialen Bewegungen wiederfinden. Es scheint mir der Augenblick gekommen zu sein, darüber nachzudenken, ob die Entscheidung der Verfassung für die zur bürokratischen Verfestigung neigenden Großparteien so weise war, wie man es heute in den Schulbüchern liest. Wäre es nicht politisch klüger, die Einwirkung kritischer Gruppen auf die staatliche Willensbildung zu erleichtern, etwa durch die Herabsetzung der 5%-Klausel bei Wahlen und durch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid?

Die herkömmlichen politischen Parteien müssen ihre Arbeitsweise überprüfen. Sie sind viel zu sehr Anhängsel einer mächtigen Ministerialbürokratie geworden und haben vergessen, daß **sie** die Regierung kontrollieren müssen, auch wenn sie die Regierung stellen. Die Aufgabe **der Parteien** ist es, die politischen Schwerpunkte festzulegen, die nach Diskussionen von unten nach oben erarbeitet worden sind, orientiert an den Bedürfnissen der Bürger.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte, Prof. Hans Peter Bull, aber hat eine neue Funktion bekommen: er wird als Warnung für die dienen, die versucht sind, die Erfüllung ihrer staatspolitischen Pflichten dem Versuch hintan zu stellen, das Amt zu retten – und schließlich auch dies zu verlieren.

Der Feldwebel: »Man merkts, hier ist zu lang kein Krieg gewesen. Wo soll da Moral herkommen, frag ich? Frieden, das ist nur Schlamperei, erst der Krieg schafft Ordnung. Die Menschheit schießt ins Kraut im Frieden. Mit Mensch und Vieh wird herumgesaut, als wärs gar nix. Jeder frißt, was er will, einen Ranken Käs aufm Weißbrot und dann noch eine Scheibe Speck auf den Käs. Wie viele junge Leut und gute Gäul diese Stadt da vorn hat, weiß kein Mensch, es ist niemals gezählt worden. Ich bin in Gegenden gekommen, wo kein Krieg war vielleicht 70 Jahr, da hatten die Leut überhaupt noch keine Namen, die kannten sich selber nicht. Nur wo Krieg ist, gibts ordentliche Listen und Registraturen, kommt das Schuhzeug in Ballen und das Korn in Säck, wird Mensch und Vieh sauber gezählt und weggebracht, weil man eben weiß: ohne Ordnung kein Krieg!«

Bertholt Brecht: Mutter Courage und ihre Kinder

Über die Medientage in Hannover

Unter dem Motto »Mattscheibe total?« hatten verschiedene Anti-Kabel-Gruppen, die niedersächsischen Grünen, die Falken und der Landesverband Niedersachsen der HU zur Teilnahme an den Medientagen vom 10. bis 13. 2. 1983 aufgerufen. Aktueller Anlaß war der Entwurf für ein Landes-Mediengesetz, den die niedersächsische Landesregierung kürzlich vorgelegt hatte. Ziel diese Entwurfes ist es u.a., in Niedersachsen den kommerziellen Rundfunk gesetzlich zuzulassen.
Die Ausführungen der Journalisten, Wissenschaftler und Gewerkschaftler zur medienpolitischen Situation in der Bundesrepublik fanden in der regionalen Presse aber auch überregional (FAZ und FR) einige Beachtung. Dagegen war die Teilnahme von lediglich 200 Bürgerinnen und Bürgern (vorwiegend junge Leute) doch schwächer als zunächst erwartet. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die viertägige Veranstaltung jeweils schon vormittags begann.
Einführend nannte der Frankfurter Journalist und Medienexperte P. Ch. Hall das Kabelfernsehen eine Einstiegsdroge in eine Entwicklung, an deren Ende der verdatete Mensch stehe. Der Braunschweiger Diplomingenieur W. Ernst meinte, die möglichen Veränderungen griffen stark in das Leben des einzelnen Bürgers ein und führten zu Arbeitsplatzverlusten sowie zur Einengung des Datenschutzes. Scharfe Kritik und Ablehnung der geplanten Zulassung kommerziellen Privatfunkes äußerten die Wissenschaftler J. Taeger (Uni Hannover) und G. Frank (Uni Frankfurt). Beide erklärten, der von der Regierung Albrecht vorgelegte Entwurf für ein Landesrundfunkgesetz sei in weiten Teilen verfassungswidrig.
Wem bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, daß die Verkabelung der Bundesrepublik nicht nur medienpolitische Konsequenzen mit sich bringt, der wurde durch den 2-stündigen Vortrag von Prof. Steinmüller (HU-Beiratsmitglied und Uni Bremen) wachgerüttelt. »Verkabelung ist der von der Industrie gewünschte und vom Staat durchgesetzte Zwangszusammenschluß der Gesamtbevölkerung an ein Computer-Verbundnetz«, lautete seine zentrale These. Reihenweise werde dieser Prozeß Berufe und Arbeitsplätze vernichten und die Möglichkeiten der Kontrolle und Herrschaft über die Bürgerinnen und Bürger vervielfachen. Da der Umfang dieses wichtigen Vortrages den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde, sei auf den Aufsatz von Prof. Steinmüller in Heft 50 der VORGÄNGE verwiesen.

Mit dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung setzten sich insbesondere die Vertreter des DGB auseinander. U. Briefs vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB erklärte, die Verkabelung sei im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mikrotechnologie, der EDV und der neuen Kommunikationstechnologien zu sehen. Relativ geringen Beschäftigungschancen durch die Verkabelung stünden kaum vorstellbare Risiken gegenüber. Die Verknüpfung von Unternehmen, Verbrauchern und Arbeitnehmern durch Breitbandkabel eröffne gigantische Möglichkeiten der Rationalisierung mit der Vernichtung von bis zu 2 Millionen Arbeitsplätzen.
Die Medientage beschäftigten sich weiterhin mit den Auswirkungen einer möglichen neuen Medienstruktur auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Konsumenten. Kritisiert wurde, daß die sich abzeichnende Medienentwicklung nicht ausreichend demokratisch legimitiert ist und daß die Medienangebote für den Konsumenten unüberschaubar würden.
Einen interessanten Einblick in die Arbeitsweise lokaler nichtkommerzieller Radios im Ausland boten die Erfahrungsberichte von Vertretern dieser Radios. Die Berichte zeigten, daß die Ausgangslage für lokalen nichtkommerziellen Rundfunk in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist. In einigen Ländern sind diese Radios staatlich lizenziert, in anderen Ländern senden sie zwar illegal, werden aber geduldet.
Die abschließende Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der SPD, der Grünen, des DGB, der dju, von Anti-Kabel-Gruppen und einem Videoarbeiter machte eines ganz deutlich: Während in den großen Organisationen wie SPD oder DGB und Einzelgewerkschaften die Diskussion erst mühsam in Gang kommt, werden unter starkem ökonomischen Druck von konservativen Politikern und der Bundespost wichtige Weichenstellungen vollzogen, deren »Rückholbarkeit« anzuzweifeln ist.
Als ein Ergebnis der Medientage wurde der Öffentlichkeit ein medienpolitischer Appell »Wehrt Euch gegen Kommerz, Kabel und Überwachung!« vorgelegt, der im wesentlichen von den Grünen getragen wird. Darin wird gefordert: Stopp der Verkabelung, Einstellung der Kabelfernseh-Pilotprojekte, keine Einführung von Bildschirmtext. Jede Bürgerin und jeder Bürger könne seinen Beitrag gegen die drohenden Gefahren leisten: durch Verweigerung seiner Beteiligung an den Neuen Medien und durch Boykott des Kabelgroschens.

Losgelöst von den beachtlichen Aktivitäten der Grünen haben sich am 16. 2. 1983 auf Initiative der Deutschen Journalistenunion (dju) medienpolitisch Interessierte getroffen, um in Hannover die Gründung eines »Bürgerkomitees für Rundfunkfreiheit – gegen Kabelkommerz« vorzubereiten. Erste öffentliche Aktion war eine kleine Demonstration anläßlich des BIGFON-Startschusses am 8. März in Hannover.

Gerhard Saborowski
Bodo Wiechmann

HU-Protest gegen einen Anti-Holocaust-Film

Die Humanistische Union hat sich in einem Brief an den Intendanten des Bayer. Rundfunks und an die Rundfunkräte dieser Anstalt gewandt gegen die am 7. 4. 1983 ausgestrahlte Sendung »Warum wir Hitler folgten«. »Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik«, heißt es in diesem Protestschreiben, »ist in dieser Sendung das nationalsozialistische Regime dadurch offen verherrlicht worden, daß die Aussagen nationalsozialistisch gesinnter Zeitzeugen, durchsetzt mit Hitlerreden, nicht als Teilstück, sondern für den Zuschauer letztlich exemplarisch für die Wirklichkeit des deutschen Faschismus erscheinen mußten. Der Skandal besteht darin, daß Gegenpositionen erst zu nachtschlafender Zeit zu Wort kamen.
Die HU wendet sich nicht dagegen, daß ehemalige Nationalsozialisten oder Mitläufer im Fernsehen auftreten; die Grenze der Zumutbarkeit ist jedoch überschritten, wenn in der besten Sendezeit ein solcher Anti-Holocaust-Film der Rechtfertigungen gesendet wird, bei dem die fatale Wirklichkeit des Regimes ausgeblendet bleibt«.
Intendant und Rundfunkräte wurden aufgefordert, einer solchen Form der »geistigen Wende« entgegenzutreten.

Vollständige Jahrgänge
der
V o r g ä n g e
aus den ersten Jahren
der HU zu verkaufen.

Frau Röhlig, Luisenstr. 63/II
8000 München 40

Neue Zeitschrift »Psychiatrie und Recht«

Mit dem Schwerpunktthema »Akteneinsicht für psychisch Kranke – Konsequenzen aus dem BGH-Urteil« erschien Ende April 1983 die Nr. 1 der neuen Fachzeitschrift »Recht und Psychiatrie«. Sie wird herausgegeben von einem Arbeitskreis von Juristen und Fachleuten aus dem psychosozialen Bereich in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Die Zeitschrift wendet sich an psychiatrisch interessierte Richter, Anwälte und andere Juristen sowie an juristisch interessierte Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter, Vormünder, Beistände etc. Sie will das Grenzgebiet zwischen Justiz und Psychiatrie ausleuchten und damit einen Beitrag für die Verbesserung der Rechtsposition der psychisch Kranken leisten. Außer einem Schwerpunktthema (Nr. 2/1983 ist den juristischen Aspekten der NS-Psychiatrie gewidmet) gibt es ständige Informationen über Rechtsprechung, Gesetzesvorhaben, Veröffentlichungen, Tagungen. Im Mittelpunkt stehen die Rechtsgebiete: Unterbringungsgesetze, Maßregelvollzug, Vormundschafts- und Pflegeschaftsrecht, Behandlungsrecht, Leistungsrecht.
Das Einzelheft kostet DM 7,50, plus DM 1,— Versandkosten, das Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 25,—. Verlag und Bezugsadresse: Psychiatrie-Verlag, Mühlentorstr. 28, 3056 Rehburg-Loccum.

Ethikunterricht als Ersatz für Religionsunterricht?

Die in der »Arbeitsgemeinschaft für Trennung von Staat und Kirche« mitarbeitenden Verbände haben Anfang Januar in Nürnberg einen Text zum Ethikunterricht verabschiedet. Hier ein Auszug aus der einleitenden Begründung, warum es angezeigt ist, sich mit dem Thema »Ethikunterricht« verstärkt zu befassen.

In einigen Landesverfassungen (Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland) ist vorgesehen, daß Schüler, die in der Schule keinen Religionsunterricht besuchen, an seiner Stelle ersatzweise einen Unterricht über »die allgemein anerkannten Grundlagen der Sittlichkeit« besuchen müssen. Andere Bundesländer haben einen derartigen Unterricht zwar nicht in ihren Landesverfassungen verankert, wohl aber sehen die Schulgesetze die Möglichkeit eines solchen »Ethikunterricht« vor. Die Bezeichnung dieses Unterrichts variiert von Bundesland zu Bundesland – z.B. »Ethikunterricht«, »Unterricht über die allgemein anerkannten Grundlagen des natürlichen Sittengesetzes«, »Werte und Normen« – jedoch ist die Zielsetzung stets dieselbe: Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, müssen an diesem Ersatzunterricht teilnehmen. Entscheidend ist die Pflicht zum Besuch dieses Unterrichts, der in den Verlautbarungen der Kultusministerien als Ersatzfach für den Religionsunterricht bezeichnet wird.

Wenn es lange Zeit wenig Anlaß gab, dem Thema »Ethikunterricht« große Beachtung zu schenken, so deshalb, weil in den wenigsten Fällen ein solcher Unterricht überhaupt erteilt wurde. Es existierten keine Lehrpläne, es fehlten entsprechend ausgebildete Lehrer und an vielen Schulen waren nur so wenig Schüler hiervon betroffen, daß der Aufwand für die Einrichtung dieses Unterrichts nicht »lohnte«. In dem Maße aber, in dem Kirchenaustritte zunahmen, Schüler sich nach dem Erreichen der Religionsmündigkeit vom Religionsunterreicht abmeldeten und zunehmend auch Kinder in die Schulen kamen, deren Eltern keiner der christlichen Großkirchen angehörten – in dem Maße wurde kirchlicherseits immer lauter die Forderung erhoben, das vorgesehene »Ersatzfach« Ethik unverzüglich auf breiter Front einzuführen.

Den vollständigen Text können Sie bei der Geschäftsstelle der HU anfordern.

HU gegen neue Schulordnung für Gymnasien in Bayern

Der Landesverband Bayern der Humanistischen Union hat in einer Petition an den Bayer. Landtag eine ganze Reihe von Formulierungen des Entwurfes einer neuen Schulordnung für Gymnasien kritisiert und Verbesserungsvorschläge eingereicht.

Zu einer ausführlichen Stellungnahme des Landessprechers Johannes Glötzner wurden vor allem die allzu weitreichenden Kompetenzen der Ministerialbeauftragten und Schulleiter bemängelt. Diese »Möglichkeiten von Willkürentscheidungen einzelner« sollten zugunsten einer stärkeren Beteiligung der Schüler, Lehrer, Eltern und des Schulforums abgebaut werden.

Weiter wendet sich die HU gegen die – ihrer Meinung nach – rigiden Einschränkungen bei der Wahl von Schülersprechern und Verbindungslehrern, gegen die Bevorzugung der Kirchen im Schulbereich, gegen die Zulassungszensur bei Medien, gegen die pädagogisch unverantwortlichen Klassenhöchststärken und die Benachteiligung der musischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer.

Einen eklatanten Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung sieht die HU in der Pflichtstundenzahl der Mädchen in den 5. und 6. Klassen, die um 2 Wochenstunden mehr Unterricht zu absolvieren haben als die Buben.

Der kulturpolitische Ausschuß des Bayer. Landtages wurde aufgefordert, sich eingehend mit der neuen Schulordnung zu befassen und die aufgezeigten Mängel zu beseitigen.

HU-Urlaubsklönadresse auf Wangerooge

HU-Mitglieder, die auf Wangerooge Urlaub machen, würde ich gerne mal zu einer Tasse Tee einladen, um über HU-Themen und ganz anderes zu klönen.

Auf Ihren Besuch freut sich Peter Gooß, Nikolausstraße 8, 2946 Nordseeheilbad Wangerooge, Tel. 04469/364.

Diskussion Diskussion Diskussion

Bessere und längere Schulbildung

Zu »Landesarbeitsgemeinschaft für eine Weiterbildung – Wer sind wir und was soll das?« und »Alternativen zur Wirtschaftspolitik« Mitteilungen Febr. 1983

Die in diesen beiden Artikeln geschilderten Aktivitäten und Vorschläge sind sehr zu begrüßen. Jedoch sollte man in dieser Zeit der sicher unzureichenden Allgemeinbildung und gleichzeitig vorhandenen Arbeitslosigkeit noch eine andere Perspektive als dringend ins Auge fassen, wenn sie auch in gewisser Beziehung fragwürdig ist mangels unabhängiger nonkonformistischer Pädagogen. Allerdings kann man bei den jungen Lehrern bereits häufig eine größere Freiheit im Denken wie in dem Mut zur Zivilcourage feststellen, wenn es gilt, Vorurteile abzubauen, damit der Mensch zu logischem objektiven Erkennen fähig werden kann.

Ein wirksames Mittel für mehr Chancengleichheit nicht nur in Bezug auf mehr Freiheit in der Berufswahl, sondern vor allem in Bezug auf eine allumfassende Bildung und Übung des Verstandes, des Körpers und des Herzens – wenn wir schon mal den Streß um den sozialen, übertriebenen Leistungswettkampf außer acht lassen können –, ist ein hohes Ziel, das zu erreichen durch vernünftigen Einsatz der Maschine zum Wohle aller möglich wird, ist die Verlängerung der Schulzeit auf 12 Jahre, wie in der Waldorfschule schon seit 1916 praktiziert.

Dringend und mit Konsequenz wäre dieser fällige Fortschritt anzustreben. Der Lehrstoff ist durch die Entwicklung der Wissenschaft und der Technik in den letzten 50 Jahren enorm angestiegen. Durch die Vielheit der Eindrücke auch im außerschulischen Bereich, wächst die Nervosität der Kinder, die gemildert werden kann durch mehr Ruhe bzw. Zeit zur Erfüllung von Aufgaben und zur Verarbeitung des Gehörten und Gesehenen. Außerdem wäre es an der Zeit, daß z.B. endlich in den Schulen einige Fächer dazu kämen wie Gesundheitslehre und Umweltschutz. Von großer Wichtigkeit wäre es, wenn die nächsten Generationen sowohl intellektuell, manuell und vor allen Dingen sprachlich durch die Bank und nicht nur die bevorzugt Ausgebildeten besser gebildet, geübt und angeregt würden, damit sie im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Raum sowohl weiter und tiefer denken und damit allgemein die Fähigkeit und den Mut erlangen, sich jederzeit optimal ausdrücken und mitteilen zu können. Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, daß sie mit höchster Wahrscheinlichkeit entschieden sicherer in der Lage sein würden, zunehmende Freizeit für sich und ihre Mitmenschen nützlich anzuwenden.

Drei Jahre lang würden Schulabgänger den Arbeitsmarkt nicht mehr belasten und danach natürlich ständig drei Jahrgänge weniger konstant. Eine sibyllinische Lösung? Nein, sie liegt einfach auf der Hand für den, der menschlich und vernünftig denkt. Eine logische Folgerung aufgrund der Tatsache der Automatisierung erschließt ein Geschenk an die Menschheit, das wir unserer Jugend nicht vorenthalten sollten im Interesse der Entwicklung einer geistig und ethisch reiferen, menschlichen Gesellschaft.

Sollte diese Schulveränderung nicht möglich sein, da sie in Belgien bereits durchgeführt wurde? – Natürlich steht das einer weiteren Erwachsenenbildung keineswegs im Wege wie auch nicht Verkürzungen der Arbeitszeit entsprechend dem maschinellen Nutzen zum Ersatz menschlicher Arbeit und der sich aus der Befriedigung echter Bedürfnisse ergebenden jeweiligen Arbeitsstunden, die unter die vorhandenen Arbeitsfähigen gerechterweise verteilt werden müßten, anstatt einen Teil der arbeitenden Bevölkerung auf die Straße zu werfen oder sie u.U. gegen ihren Willen zu pensionieren bzw. zum Rentner zu machen, wenn sie noch arbeitsfähig sind. Solche generelle Anordnung kann einen tiefen Einschnitt in die menschliche Freiheit bedeuten.

Maria Redlich

Tätigkeitsbericht des OV Stuttgart

Der Stuttgarter Ortsverband hielt am 4. 3. 1983 seine Mitgliederversammlung ab. Hier der Bericht des ausscheidenden Vorsitzenden Dr. U. Dreiss:

Der Ortsverband hatte schon frühzeitig auf gefährliche Versuche an schwerstkranken Patienten im Offenburger Kreiskrankenhaus hingewiesen. In der Presse wurde berichtet, daß bei Patienten mit »Schocklungen« mit Hilfe einer Spreiznadel Gewebeproben entnommen wurden, obwohl dieser Eingriff äußerst gefährlich ist und allenfalls Erkenntnisse für die Forschung, aber nicht für die weitere Therapie bringt. Die HU hatte den Sachverhalt in einem offenen Brief an den Justizminister des Landes Baden-Württemberg ausführlich geschildert; die Landtagsfraktion der SPD hatte mit einer parlamentarischen Anfrage nachgehakt. Die Antwort der Landesregierung war äußerst lückenhaft und z.T. auch unrichtig. Die Regierung mußte ihre Antwort daher, nach einer weiteren ausführlichen Stellungsnahme des OV Stuttgart, ergänzen. In der Zwischenzeit wurde gegen den verantwortlichen Arzt Anklage bei der Großen Strafkammer in Offenburg erhoben.

Der OV Stuttgart hatte sich in den letzten Jahren besonders mit dem Berufsverbote-Fall des Stuttgarter Postbeamten Hans Peter befaßt. Nach einem zunächst überraschenden Freispruch vor dem Bundesdisziplinargericht wurde Hans Peter in der Zwischenzeit nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes seines Dienstes endgültig enthoben. Es wird Aufgabe aller an den Berufsverbote-Fragen interessierten Kreise – und damit auch der HU – sein, die Konsequenzen dieses Urteils hinsichtlich der Versorgungsfrage in der Öffentlichkeit intensiv zu diskutieren. Bekanntlich hat das Urteil dem Beamten nach 30 Jahren Dienstzeit keine Versorgungsbezüge zugesprochen und sich mit dem lapidaren Hinweis begnügt, seine Frau habe ja als Berufstätige eigenes Einkommen und könne ihn versorgen.

In Zusammenarbeit mit einer Frauengruppe wandte sich die HU gegen sexistische Werbung eines Stuttgarter Modehauses mit Fotos junger Mädchen. Nach vielen – erfolglosen – Anzeigen und Aktionen konnte aber schließlich die Beendigung der Werbung durchgesetzt werden.

Der Bericht der Landesdatenschutzbeauftragten für 1983 wurde diskutiert (Landtagsdrucksache 8/3450), der mutig die restriktive Datenschutzpolitik des Landes Baden-Württemberg darlegt und kritisiert.

Professor Baeger (Aalen) berichtete über das Problem des Ethikunterrichts an den Schulen. Er ist in drei Bundesländern für die Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, obligatorisch und wird auch für Baden-Württemberg geplant. Es folgt ein Hinweis auf die Empfehlungen der »Arbeitsgemeinschaft für die Trennung von Staat und Kirche«, an der auch die HU mitarbeitet. Ein Antrag für die Delegiertenkonferenz wurde beschlossen.

Nach vierjähriger Arbeit als Vorsitzender konnte ich mich wegen anderweitiger starker Inanspruchnahme nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung stellen. Da ein Nachfolger nicht gefunden werden konnte, einigte man sich darauf, daß bis auf weiteres der bisher stellvertretende Vorsitzende, Dr. Andreas Lahusen, Breitlingstr. 15, 7000 Stuttgart 1, Tel. 46 18 95, als Kontaktadresse fungieren wird. Die Kasse wird weiterhin von Helmut Deetz verwaltet. Sollte es von seiten interessierter Mitglieder Anzeichen geben, daß ein neuer Vorstand gebildet werden könnte, wird Dr. Lahusen eine Mitgliederversammlung einberufen.

Zum 1. April:

Volkszählung '83 – Vertrauen um Vertrauen

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann hatte sich am 1. April zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, um der Volkszählung 1983 doch noch zu einem Erfolg zu verhelfen.

»Der Bürger stellt uns seine Daten zur Verfügung – wir stellen dem Bürger unsere Daten zur Verfügung«, erklärte der Innenminister vor der Bundespressekonferenz. Jeder Bürger, der den Fragebogen zur Volkszählung 1983 ausfüllt, erhält auf Wunsch kostenlos einen Ausdruck aus dem NADIS-Computer. Aus diesem Ausdruck mit Angaben der Aktenzeichen könne der Bürger ersehen, bei welchen Nachrichtendiensten (Verfassungsschutz, MAD, BND) Informationen über ihn vorliegen. Jeder Bürger kann dann Kopien der entsprechenden Akten unmittelbar bei den Nachrichtendiensten anfordern. Die Bundesregierung hat die Nachrichtendienste angewiesen, den Auskunftswünschen der Bürger zu entsprechen.

Der Minister bezeichnete sein Vorgehen als eine »vertrauensbildende Maßnahme«, durch die auch skeptische Bürger zum Ausfüllen der Fragebogen zur Volkszählung 1983 bewogen werden sollen. »Die neue Bundesregierung will nicht den gläsernen Menschen, sondern den transparenten Staat«, sagte der Minister.

Nach ersten Reaktionen der Volkszählungs-Boykott-Initiativen wurde die Initiative des Innenministers zurückhaltend beurteilt. Spudoko Nadisco, ein seit 10 Jahren in der Bundesrepublik lebender italienischer Gastarbeiter von der Kölner Boykott-Initiative, erklärte: »Zumindest müssen die Bürger das Recht haben, die Fragebogen so lange zurückzubehalten, bis die Behörden die Auskunftsersuchen der Bürger beantwortet haben«.

Kurzberichte — Informationen — Einladungen

Berlin

Der Landesverband hat sich von Anfang an gegen die Volkszählung engagiert, dazu einen umfassenden Text erstellt und am 12. März eine Veranstaltung mit Vertretern der Verwaltung, einem Stadtplaner und Datenschutzbeauftragten durchgeführt.

In einer Broschüre wurden die Stellungnahmen zum Volkszählungsgesetz und zum Berliner Meldegesetzentwurf veröffentlicht, eine weitere Auflage noch mit Anleitungen bzw. Lösungsvorschlägen für Bürger und Zähler versehen.

Weitere Aktivitäten waren Veranstaltungen zu Hausbesetzerproblemen, § 218, neuem Psychiatriegesetz. Die Arbeitsgruppen »Datenschutz« (Udo Kauss) und »Gefangenenbetreuung« (Ingo Quirin) treffen sich vierzehntägig; die Termine sind in der Berliner Geschäftsstelle oder bei den Kontaktpersonen zu erfragen.

Düsseldorf

Zusammen mit der Initiative »Bürger beobachten die Polizei« wurde eine Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Anlaß waren die Ereignisse in der Altstadtwache, wo Obdachlose in erschreckend brutaler Weise körperlich mißhandelt worden sind. Es bestanden erhebliche Zweifel, ob dies lediglich Einzelfälle sind, da seit langem ein Verhalten der Polizei bei Demonstrationseinsätzen, Häuserräumungen und zunehmender Schußwaffengebrauch zu beobachten ist, das in der Öffentlichkeit mehr und mehr Empörung und Entsetzen hervorruft.

Essen

Am 17. Mai lud der Ortsverband zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung ein, bei der auch ein neuer Vorstand zu wählen war.

Frankfurt

Anfang Mai fand ein Diskussionsabend statt zum Thema »Wie können Frankfurts Straßen menschenfreundlicher werden?«. Teilnehmer waren ein Politiker, ein Architekt sowie der Leiter des Amtes für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtplanung.

Bitte merken Sie sich den nächsten Termin vor:

1. Juni: **»Stiefkind Strafvollzug oder: Das Übel mit den Kübeln«.** Diskussion mit inhaftierten Männern der JVA 4 sowie: Siegrid Bernhardt (Leiterin der JVA für Frauen), Jürgen Gandela (Anstaltsbeirat der JVA für Frauen), Lilli Pölt (SPD-Stadtverordnete und Vorsitzende des Anstaltsbeirates der JVA 4 »Gustav-Radbruch-Haus«), Dr. jur. Otto Schmidt, Staatssekretär im Hess. Justizministerium.

Diese Veranstaltung findet statt in der JVA IV, Gustav-Radbruch-Haus, Obere Kreuzäckerstr. 8, Beginn 19 Uhr. Es ist unbedingt erforderlich, sich **vorher** telefonisch anzumelden bei Dr. Paul Lindemann, der die Diskussion leitet, Friedlebenstr. 4, 6000 Frankfurt 1, Tel. 06 11/52 60 75; Personalausweis zur Veranstaltung mitbringen!

Kurzberichte — Informationen — Einladungen (Fortsetzung)

Hamburg

Die Mitgliederversammlung Anfang März stand ganz im Zeichen der Diskussion um die Volkszählung, die durch die breite Protestbewegung vom Bundesverfassungsgericht vorerst ausgesetzt wurde.
»Bürgerrechte in Gefahr – wie können wir sie verteidigen?« war das Thema des Aussprache*abends im Mai, bei dem Helga Schu*chardt, Kultursenatorin von Hamburg, sprach.
Nachrichten aus den Arbeitskreisen:
Der Arbeitskreis »Bildung« hat sich für die *nächste Zeit das Thema* »**Bildung und Medien**« vorgenommen.
Kontaktadresse: Hartmut Roß, Meyerbeerstr. 12, Hamburg 73, Tel. 6780785.
Der Arbeitskreis »Frieden und Abrüstung« trifft sich bei B. Schuppener, Gneisenaustr. 33.

Diskutiert wird über das Thema **»Lernschritte zur Gewaltlosigkeit«**, nach dem Buch von H.-*P. Nolting (rororo 7488).*
Der Arbeitskreis **»Strafvollzug«** sucht dringend weitere Mitglieder zur Gruppenarbeit mit Gefangenen in der Anstalt Fuhlsbüttel.
Kontaktadresse: Edith Wessel, Strehlowweg, *32, Hamburg 52, Tel. 8809345.*
Der Arbeitskreis »**Psychiatrie**« setzt sich z.Zt. mit dem Problem des sogen. Maßregelvollzugs für psychisch kranke Straftäter auseinander. Angestrebt wird ein über den Rahmen der HU hinausgehender Arbeitskreis von Teilnehmern aus allen Gruppen, die sich in Hamburg für eine fortschrittliche Veränderung der Psychiatrie einsetzen.
Kontaktadresse: Peter Hermsen, Billwerder Billdeich 57, Hamburg 74, Tel 7320246.

Karlsruhe

Die HU Karlsruhe beteiligte sich Ende März zusammen mit der Grünen Liste und der Initiative zum Volkszählungsboykott an einer Podiumsdiskussion zur Volkszählung; die über 1000 Zuschauer, die sich eingefunden *hatten, begleiteten die Ausführungen der Re*ferenten teilweise mit heftigem Applaus. Diese Diskussionsveranstaltung diente auch dazu, alle Anti-Volkszählungs-Aktivitäten und Initiativen vorzustellen.

Köln

Die Mitgliederversammlung wählte am 7. März erneut zum Vorsitzenden: Matthias Jungbluth; zu Vorstandsmitgliedern: Josef Ahn (Schatzmeister), Richard Finger und Günther Seifert.

Bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung berichtete die Leiterin der Kölner Gleichstellungsstelle, Lis Selter, über ihre bisherigen Erfahrungen. Die HU hatte als erste Organisation eine kommunale Gleichstellungsstelle für Köln gefordert, die dann im letzten Jahr mit Lis Selter ihre Arbeit beginnen konnte. Die Diskussionsleitung dieser gut besuchten Veranstaltung übernahm die Vorsit*zende des DGB-Kreisfrauenausschusses* Köln.

Lübeck

Der Ortsverband Lübeck der HU wählte auf seiner Mitgliederversammlung am 11. 4. 83 einen neuen Vorstand, in dem Uschi Greiß und Jochen Wasle bestätigt und Gunda Diercks hinzugewählt wurde. Klaus Waterstradt hat nicht mehr kandidiert. Seit der Gründung der HU 1961, seit 22 Jahren also, war er Vorsitzender des Ortsverbandes Lübeck. Er hat insbesondere die Freie Frauen- und Familienberatung der HU in Lübeck aufgebaut und an zahlreichen Initiativen zur Emanzipation, Demokratisierung und Friedenssicherung mitgewirkt. Anläßlich seines Eintritts in den Ruhestand gibt er diese Wahl*ämter auf, setzt aber seine Tätigkeit im* Bundesvorstand der HU fort.
Die Leitung der Frauenberatung übernimmt Frau Marianne Schauer. Die Anmeldungen sind wie bisher vormittags zwischen 9 und 13 *Uhr im Kreuzweg 9, Tel. 85389; Termine* könne dabei gleich vermittelt werden.

Mannheim/Ludwigshafen

Bei der Mitgliederversammlung am 4. 2. 83 wurden Silvia Kühner und Gertrud Ziehm zum neuen Vorstand wiedergewählt. Treffen sind jeweils am 1. Freitag des Monats, 19.30 Uhr, im Forum der Jugend, Neckarpromenade 46, im Lesestudio, 6800 Mannheim 1.
Kontaktadresse bleibt G. Ziehm, Humboldtstr. 44, 6800 Mannheim 1, Tel. (0621) 314127.
Schwerpunkt unserer Tätigkeit bildet nach *wie vor die Mitarbeit in der Friedensbewe*gung.
Zum Wahlkampf hat der Ortsverband ein Flugblatt zum § 218 veröffentlicht, mit dem die Frauen aufgefordert werden, wachsam gegenüber *Heuchelei und Täuschungsmanö*vern zu sein. Einerseits werde versichert, die Reform des § 218 nicht anzutasten, andererseits versuche man mit Klagen über die finanziellen Belastungen der Krankenkassen durch Schwangerschaftsabbrüche, das Klima für eine Rücknahme der sozialen Indikation vorzubereiten.

München

In den vergangenen Wochen und Monaten hat der OV München zum Thema Volkszäh*lung eine Reihe von Informationsabenden* durchgeführt, mehrere Presseerklärungen herausgegeben, es wurden Merkblätter für Zähler und zu Zählende verfaßt, eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Stadt München *eingeleitet, und auf Veranstaltungen und an* einem Informationsstand wurden fast 2000 Unterschriften gegen die Volkszählung gesammelt.
So sehr wir die einstweilige Anordnung begrüßen, so groß ist indes auch die Gefahr, daß eine im Zusammenhang mit der Volkszählung weithin zu beobachtende Sensibilisierung für Probleme des Daten- und Persönlichkeitsschutzes wieder einschläft. Um dem entgegenzuwirken, will der Arbeitskreis »Volkszählung/Melderecht«, der sich auf der letzten Mitgliederversammlung spontan gebildet hatte, sein Arbeitsgebiet erweitern und unter dem Namen »Gläserner Mensch« sich auch mit Themen wie »maschinenlesbarer Personalausweis«, »Personalerfassungssysteme in Betrieben«, oder mit den Gefahren des Datenmißbrauchs im Zusammenhang mit der Ein*führung Neuer Medien befassen.*
Informationen bei: W. Killinger, Tel. 8503363
Von den zahlreichen Veranstaltungen – teilweise zusammen mit dem Bildungswerk Bayern u.a. – im Februar bis Mai nachträglich hier *eine Auswahl: Friedenspädagogik, Geschich*te der proletarischen Frauenbewegung, Kabarettabend mit Helmut Ruge, »Neue Techniken«, Muttertagsmatinee »Nicht Liebes zum Muttertag«, Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung. Eine Veranstaltung zum 90. Geburtstag des antifaschistischen und antiklerikalen Kämpfers Peter Maslowsky wurde wegen dessen plötzlichem Tod in eine Gedenkveranstaltung umgewandelt. Außerdem fanden Anfang Mai eine Mitgliederversammlung des Bildungswerkes Bayern und eine Landesversammlung statt, bei der Heide Hering mit großer Mehrheit zur Landessprecherin gewählt wurde.

Stuttgart

Bei der Mitgliederversammlung am 4. März konnte kein neuer Vorstand gewählt werden; Dr. Uwe Dreiss mußte wegen anderweitiger starker Inanspruchnahme zurücktreten. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Dr. Andreas Lahusen, stellte sich als Kontaktperson für alle Belange der HU Stuttgart zur Verfügung: Breitlingstr. 15, 7000 Stuttgart 1, Tel. 461895.

Verlag: Humanistische Union e. V., Bräuhausstraße 2, 8000 München 2, Telefon (089) 22 64 41 / 42

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Für diese Mitteilungen ist Helga Killinger verantwortlich (für den Diskussionsteil Johannes Glötzner, Prof.-Kurt-Huber-Straße 6, 8032 Gräfelfing).

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678
Postscheck München 1042 00-807

Beilagen: Anträge an die DK

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 30.6.1983